

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 102

DIENSTAG, DEN 24. DEZEMBER

2013

Inhalt:

	Seite		Seite
Ergänzung des Verzeichnisses der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen	2489	Erlöschen der Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin	2491
Durchführungsgrundsätze „Job4000“ – Programm zur besseren beruflichen Integration besonders betroffener schwerbehinderter Menschen gemäß Sozialgesetzbuch – Neuntes Buch – (SGB IX) ...	2490	Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises	2491
		Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels	2491
		Widmung einer Wegefläche	2491

BEKANNTMACHUNGEN

Ergänzung des Verzeichnisses der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen

Stand: 1. Januar 2014

- I. Die öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen nach § 1 Absatz 1 des Gesetzes über Grün- und Erholungsanlagen vom 18. Oktober 1957 (Sammlung des bereinigten hamburgischen Landesrechts I 2133-a), zuletzt

geändert am 15. Februar 2011 (HmbGVBl. S. 73, 75), wurden am 1. Oktober 2011 im Verzeichnis der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen bekannt gemacht.

- II. Mit Wirkung vom 1. Januar 2014 wird die Anlage Wilhelmsburger Inselepark in das Verzeichnis der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen (Stand 1. Oktober 2011) aufgenommen. Die Anlage ist in folgende Anlagearten gegliedert.

Bezirksamt Hamburg-Mitte

ID-Nr.	Stadtteil	Anlagenname	Belegenheit
Anlagenart: Spielplätze			
005319	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Kuckuckshorn
005320	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Kükenbracksweg
005321	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Kükenbracksweg II
005318	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Brackstraße
005315	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Am Inselepark-Brackstraße
005317	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Hauland
Anlagenart: Parkanlagen			
001796	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Kuckuckshorn – Haulander Weg
005182	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Hauland
000817	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Am Inselepark – Neuenfelder Straße
001795	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Georg-Wilhelm-Straße – Mengestraße
005290	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Am Inselepark
005310	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Neuenfelder Straße – Am Inselepark
002303	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Kurt-Emmerich-Platz
Anlagenart: Grünflächen und Erholungsanlagen in den allgemein zugänglichen Teilen der Kleingartenanlagen			
000825	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Kuckuckshorn
002346	Wilhelmsburg	Wilhelmsburger Inselepark	Hauland – Brackstraße

- III. Die Bekanntmachung des Grünanlagenverzeichnisses vom 1. November 2011 (Amtl. Anz. S. 2353) in seiner geltenden Fassung wird entsprechend ergänzt.

Hamburg, den 13. Dezember 2013

Der Senat

Amtl. Anz. S. 2489

Durchführungsgrundsätze „Job4000“ – Programm zur besseren beruflichen Integration besonders betroffener schwer- behinderter Menschen gemäß Sozialgesetz- buch – Neuntes Buch – (SGB IX)

§ 1

Zielsetzung

Das Programm „Job4000“ zur besseren beruflichen Integration besonders betroffener schwerbehinderter Menschen ist aus dem gemeinsamen Programm des Bundes und der Länder aus dem Jahr 2007 entstanden und fortentwickelt worden. „Job4000“ wird durch das Integrationsamt gemeinsam mit der Hamburger Agentur für Arbeit und dem Jobcenter team.arbeit.hamburg – Gemeinsame Einrichtung für Grundsicherung gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) durchgeführt. Die zusätzlichen Leistungen dieses Arbeitsmarktprogrammes werden je nach individueller Notwendigkeit mit Leistungen der Regelförderungen des SGB II, SGB III und SGB IX kombiniert eingesetzt. Das Programm Job4000 bietet zusätzliche individuelle Förderung für arbeitslose schwerbehinderte Menschen an, die besondere Schwierigkeiten haben, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Der Personenkreis wird insbesondere über § 72 Absatz 1 Nummer 1 SGB IX definiert.

§ 2

Maßnahmen und Mittelausstattung

Auch in den Jahren 2014 bis 2016 sollen mit besonderer Förderung des Integrationsamtes aus Mitteln der Ausgleichsabgabe schwerbehinderte Menschen in Hamburg in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden.

§ 3

Zusammenarbeit

Die Durchführung des Programms Job4000 erfolgt in enger Zusammenarbeit zwischen dem Integrationsamt der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, dem Jobcenter team.arbeit.hamburg für schwerbehinderte Menschen – Gemeinsame Einrichtung für Grundsicherung gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) Zweites Buch (II) und der Agentur für Arbeit Hamburg.

§ 4

Neue Arbeitsplätze für schwerbehinderte Menschen

(1) Das Programm will in Hamburg zur Schaffung neuer Arbeitsplätze für die Zielgruppe beitragen. Mit der Förderung soll erreicht werden, dass ein geförderter Arbeitsplatz auch nach Ablauf der Förderung dauerhaft bestehen bleibt und die Zahl der beschäftigten schwerbehinderten Menschen in dem Betrieb durch den geförderten Arbeitsplatz steigt.

(2) Das Programm ermöglicht in Hamburg für die Zielgruppe in Verbindung mit Eingliederungszuschüssen anderer Leistungsträger eine bis zu fünfjährige Lohnkostenförderung. Hierzu stellt Job4000 zusätzliche Eingliederungszuschüsse im dritten und vierten bzw. vierten und fünften Beschäftigungsjahr bereit, die an die Arbeitgeber ausgezahlt werden. Voraussetzung hierfür ist eine mindestens zweijährige Gewährung von Eingliederungszuschüssen durch den zuständigen Reha-Träger. Die sonstigen einschlägigen Regularien für Eingliederungszuschüsse des SGB III werden angewendet.

Die Höhe der Förderung im dritten und vierten bzw. vierten und fünften Förderjahr beträgt 30 % des Bruttolohnes.

Der Wechsel aus Integrationsprojekten auf einen anderen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz des ersten Arbeitsmarktes wird mit einem zweijährigen Lohnkostenzuschuss in Höhe von 50 % des Bruttolohnes unter Einschluss des Arbeitgeberanteils zum Sozialversicherungsbeitrag gefördert.

(3) Geförderte Teilzeitarbeitsverhältnisse müssen eine Arbeitszeit von mindestens 15 Stunden/Woche umfassen und sozialversicherungspflichtig sein.

(4) Die Leistungen zur Förderung von Arbeitsplätzen können bei den in § 3 genannten Stellen beantragt werden. Der Hamburger Integrationsfachdienst unterstützt nötigenfalls die Antragstellung. Die Einzelheiten des Verfahrens werden auf der Internetseite des Integrationsamtes der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (www.hamburg.de/Integrationsamt) bekannt gegeben.

§ 5

Übergang aus einer WfbM in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis (keine Inanspruchnahme vergleichbarer Leistungen)

Arbeitgeber von schwerbehinderten Menschen, die aus der Beschäftigung in der WfbM (einschließlich vergleichbarer Maßnahmen der Eingliederungshilfe) in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln, können auf Antrag beim Integrationsamt eine Lohnkostenförderung bis zu fünf Jahre in Höhe von 70/60/50/50/50 vom Hundert erhalten, sofern kein vorrangig zuständiger Leistungsträger diese Leistung erbringt. Leistungen nach dem Modellvorhaben Hamburger Budget für Arbeit „Mit dem Hamburger Budget für Arbeit aus der WfbM in die arbeitsmarktliche Inklusion“ haben stets Vorrang.

Bei einem Wechsel aus der WfbM in ein Integrationsprojekt nach § 132 SGB IX sollen die pauschaliert zu erbringenden Leistungen für einen besonderen Betreuungsaufwand nach § 134 SGB IX, der Ausgleich von außergewöhnlichen Belastungen nach § 27 SchwbAV, die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit im Rahmen der Eingliederung nach dem SGB III und entsprechende Leistungen anderer Träger der beruflichen Rehabilitation insgesamt in einem angemessenen Verhältnis zum Bruttojahreseinkommen des schwerbehinderten Arbeitnehmers stehen. Erforderlichenfalls ist die Höhe der gewährten Leistung dem Arbeitgeberbruttolohn anzupassen.

§ 6

Mindestlohn

Es ist ein angemessener Mindestlohn für das zu fördernde Arbeitsverhältnis sicherzustellen. Dessen Höhe richtet sich nach den jeweils anzuwendenden tariflichen oder gesetzlichen Bestimmungen.

§ 7

Durchführung und Dokumentation

Die Gesamtverantwortung für die Durchführung und finanzielle Abwicklung des Programms in Hamburg liegt beim Integrationsamt der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Die Dokumentation der geförderten Maßnahmen, die Organisation der Öffentlichkeitsarbeit, die Berichterstellung sowie die Koordinierung der Zusammenarbeit mit den

in § 3 genannten Stellen erfolgt durch das Integrationsamt der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

§ 8

Auszahlung der Förderleistung

Die Auszahlung von Förderleistungen an Arbeitgeber nach dem Programm „Job4000“ erfolgt durch das Integrationsamt auf Rechtsgrundlage der von den in § 3 genannten Stellen ergangenen Förderbescheiden und deren fachlicher Befürwortung des Vorliegens der Fördervoraussetzungen nach diesem Programm.

§ 9

Vorrang gesetzlicher Ansprüche

Die Leistungen des Programms sind zusätzliche Leistungen. Gesetzliche Leistungsansprüche sind vorrangig in Anspruch zu nehmen und erst danach der Bedarf an den zusätzlichen Programmleistungen festzulegen. Es bestehen keine Rechtsansprüche auf die Leistungen aus dem Programm.

§ 10

Laufzeit des Programms und Antragsschluss

Förderanträge nach § 3 müssen bis zum 31. Dezember 2016 gestellt werden. Die Förderung nach diesem Programm kann nur im Rahmen der verfügbaren Mittel erfolgen. Die Zahlbarmachung der Fördermittel muss bis zum 31. Dezember 2021 erfolgt sein.

Hamburg, den 4. Dezember 2013

**Die Behörde für Arbeit, Soziales,
Familie und Integration**

Amtl. Anz. S. 2490

Erlöschen der Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin

Die am 25. November 2011 erfolgte Bestellung zur allgemein vereidigten Dolmetscherin für die englische Sprache von Frau Petra Ullmann, geboren am 27. Juli 1968 in Porz, wohnhaft Harkortstieg 1, 22765 Hamburg, ist am 16. Dezember 2013 wegen Verzichts erloschen.

Das Dolmetschersiegel (Hamburger Staatswappen mit der Umschrift „Petra Ullmann; vereidigte Dolmetscherin und Übersetzerin für die englische Sprache/Hamburg“) wird für ungültig erklärt.

Die am 25. November 2011 erfolgte Bestellung zur allgemein vereidigten Übersetzerin für die englische Sprache bleibt weiterhin bestehen. Frau Ullmann erhält ein neues Siegel (Hamburger Staatswappen mit der Umschrift „Petra Ullmann; vereidigte Übersetzerin für die englische Sprache/Hamburg“).

Hamburg, den 16. Dezember 2013

Die Behörde für Inneres und Sport

Amtl. Anz. S. 2491

Ungültigkeitserklärung eines Dienstausweises

Der vom Bezirksamt Bergedorf – Personalservice – ausgestellte Dienstausweis mit der Nummer 18672 wird mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt.

Hamburg, den 12. Dezember 2013

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 2491

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel des Bezirksamtes Harburg mit der Nummer 80 (2 cm Durchmesser) wird mit sofortiger Wirkung für ungültig erklärt.

Hamburg, den 12. Dezember 2013

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 2491

Widmung einer Wegefläche

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Volksdorf, Ortsteil 525, belegene Wegefläche Vörn Barkholt (Flurstück 7845) mit sofortiger Wirkung dem Fußgängerverkehr gewidmet.

Hamburg, den 13. Dezember 2013

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 2491

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name, Adressen und Kontaktstelle(n)

Offizielle Bezeichnung:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40, Einkauf/Vergabe,

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Kirsten Spann
Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 68
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/
des Auftraggebers:

<http://www.hamburg.de/schulbau/>

Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**
 Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 Neubau und Sanierung von Schulgebäuden am Standort Binnenfeldredder 5 und 7, Hamburg – Projektsteuerung
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:
 Dienstleistungen
 Dienstleistungskategorie Nr: 12
 Architektur, technische Beratung und Planung, integrierte technische Leistungen, Stadt- und Landschaftsplanung, zugehörige wissenschaftliche und technische Beratung, technische Versuche und Analysen.
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
 Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegründet. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, die Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grund-

stücksfläche beträgt etwa 9,1 Mio. m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3,1 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde das Sondervermögen beauftragt, den Standort Binnenfeldredder zu überplanen. Die beiden auf einem gemeinsamen Grundstücksareal Binnenfeldredder 5 und 7 in den 1960er bis 1970er Jahren erbauten Schulstandorte Gymnasium und Stadtteilschule Lohbrügge in Hamburg, verfügen heute über insgesamt 17 ein- bzw. zweigeschossige Gebäude in einer Pavillonstruktur. Es ist vorgesehen, diesen Klassenraumbestand beider Schulen und den Zugangs-/Pausenhallenbereich des Gymnasiums zu entfernen und durch Neubauten zu ersetzen. Nach Durchführung eines Architektenwettbewerbs existiert hierrüber schon die Vorplanung (LPH 2) für 3 Neubaukörper. Nachgezogen oder parallel zu den Neubaumaßnahmen ist die Sanierung des Gebäudebestandes geplant. Für die Gesamtmaßnahme ist ein Investitionsvolumen von ca. 43 Millionen Euro (brutto, KG 200 bis 700 gem. DIN 276) geplant. Die Realisierung der Gesamtmaßnahme soll in Bauabschnitten (Bauteil 1, 2 und 3 sowie Sanierungsteil) erfolgen. Die Kosten für Bauteil 1 (Forum) sind mit 13 Mio. Euro (brutto, KG 200 bis 700 gem. DIN 276) vorgegeben. Der Schulbetrieb ist während der Neubau- und Sanierungsmaßnahmen aufrecht zu erhalten. Die Fertigstellung der Gesamtmaßnahme ist für den Sommer 2019 geplant. Zur Vergabe der Objektplanungsleistungen gem. § 34 HOAI wurde ein hochbaulicher Wettbewerb durchgeführt. Die Bearbeitung der Objektplanung befindet sich zurzeit in der Leistungsphase 4. Die Baumaßnahme ist in enger Abstimmung mit den Schulleitungen und dem SBH Schulbau Hamburg zu erstellen. Es ist vorgesehen, einen Projektsteuerer mit Projektsteuerungs- und Projektleistungsleistungen gem. § 205 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ zu beauftragen. Hierbei werden insbesondere in der Ausführungsvorbereitung, Ausführung und im Projektabschluss fachliche, technische und betriebswirtschaftliche Fähigkeiten von der Projektsteuerung erwartet.

Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:

- Teile der Projektstufen 1 und 2 sowie Projektstufen 3-5 gem. § 205 AHO § 205 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ für das Bauteil 1 (Forum);
- Teile der Projektstufen 1 und 2 sowie Projektstufen 3-5 gem. § 205 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen) für die Bauteile 2 und 3 sowie die Sanierung.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)
 Hauptgegenstand: 71240000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: –

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Das Investitionsvolumen für die Gesamtmaßnahme (inkl. aller Bauabschnitte) beträgt ca. 43 Millionen Euro (brutto, KG 200 bis 700 gem. DIN 276).

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Teile der Projektstufen 1 und 2 sowie Projektstufen 3-5 gem. § 205 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen) für die Bauteile 2 und 3 sowie die Sanierung.

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 60 Monate ab Auftragsvergabe

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**III.1) Bedingungen für den Auftrag****III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Deckungssummen der Berufshaftpflicht: Deckungssummen für Personenschäden von mindestens 1.500.000,- Euro (pro Schadensfall) und für sonstige Schäden von mindestens 500.000,- Euro (pro Schadensfall) bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und die Deckungssummen in voller Höhe nachgewiesen werden. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei der Bewerberin bzw. dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus anderen Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt. Die Auftraggeberin behält sich vor, die Höhe der oben geforderten Mindestdeckungssummen im weiteren Verfahren zum Gegenstand der Verhandlungen zu erklären. In diesem Zusammenhang erklärt der/die Bewerber/in insofern ihre bzw. seine Bereitschaft sowohl zur Anpassung auf die oben geforderten Mindestdeckungssummen als auch im Bedarfsfall zur Erhöhung der oben geforderten Mindestdeckungssummen. (Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bewerber/in, die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben, oder zum Abschluss einer objektbezogenen Versicherung bereit zu sein ist als Nachweis ausreichend.)

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –**III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Ja

Der jeweilige Auftragnehmer sowie sämtlich mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nicht beamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2. März 1974, geändert durch das Gesetz vom 15. August 1974, durch die zuständige Stelle des Auftraggebers gesondert verpflichtet.

III.2) Teilnahmebedingungen**III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Angaben der Bewerber gemäß VOF § 4 (2), (3); § 4 (6) a) bis g), (9) a) bis e); § 5 (1). Die Durchführung der Leistungen soll gemäß § 2 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- Spezifisches Anschreiben (formlos);
- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1 A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (in Kopie);
- Anlage 1 B: Erklärungen darüber, dass keiner der in § 4 Abs. 6 a) bis g) sowie § 4 Abs. 9 a) bis e) VOF genannten Ausschlussgründe auf den Bewerber zutrifft (Vordruck); zusätzlich sind die Nachweise über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben beizufügen;
- Anlage 1 C: Erklärung, ob und auf welche Art der Bewerber auf den Antrag bezogen in relevanter Weise mit anderen zusammenarbeitet (Vordruck);
- Anlage 1 D: Bereitschaft zur Verpflichtung gemäß Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1 E: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1 F: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);
- Anlage 1 G: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragsnehmern (Vordruck);
- Anlage 1 H: Eigenerklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß § 3 Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);
- Anlage 1 I: Eigenerklärung über die geleisteten Steuerzahlungen und Sozialabgaben (Vor-

druck); die Nachweise in Kopie werden mit dem Honorarangebot abgefordert.

- Anlage 2 A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.1 genannten Deckungssummen (in Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.1. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.1;
- Anlage 3 A: Nachweis über die Berufszulassung oder Bescheinigung über die berufliche Befähigung des Bewerbers (in Kopie);
- Anlage 3 B: Darstellung von zwei vergleichbaren Referenzprojekten (siehe III.2.3) mit Referenzschreiben.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistungsnachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in beglaubigter Übersetzung vorzulegen. Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen. Die Seiten bitte durchgehend nummerieren. Die Bewerbung und zugehörige Unterlagen werden nicht zurückgesandt. Die Bewerbung in einem als Teilnahmeantrag (mit Angabe der Vergabenummer) gekennzeichneten, verschlossenen Umschlag einzureichen. Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie ein Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese sind schriftlich oder unter der E-Mail vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de anzufordern. Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigelegten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Gescannte oder kopierte Unterschriften werden nicht zugelassen. Die Vergabestelle behält sich vor, weitere Angaben zu fordern.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung oder eine entsprechende, umfassende Bankerklärung (mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden, mind. 0,5 Mio. Euro für sonstige Schäden).
- B) Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Projektsteuerung gem. § 205 AHO in den letzten drei Ge-

schaftsjahren (je Jahr 2010, 2011, 2012). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 650.000,- Euro (netto) erreichen. Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen sieht § 5 Abs. 4 VOF aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o.ä.).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- A) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers/der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier: Ingenieur/in für die Leistungen der Projektsteuerung.
- B) Nachweis der erbrachten Leistungen für zwei Projekte für den Leistungsbereich gem. § 34 HOAI. Alle Projekte müssen innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1. Januar 2008) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und der Übergabe an die Nutzer realisiert worden sein. Entsprechende Referenzen sind unter der Angabe der Projektbeschreibung, Beschreibung der erbrachten Abstimmungsprozesse im Projekt, insbesondere der Nutzerabstimmungen, Angabe der erbrachten Leistungen gem. § 205 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ (Leistungsstufen und Leistungsbild), Angabe des Leistungszeitraums von Beginn bis Übergabe des fertigen Bauwerks an den Nutzer, Angabe der Baukosten (KG 100 bis 700 gem. DIN 276), Angabe der bearbeiteten Bruttogeschossfläche (BGFa gem. DIN 277), der Nennung der maßgeblich beteiligten Projektleiter/in und ggf. beteiligte Unterauftragnehmer/ARGE-Partner, der Nennung des Bauherrn mit Ansprechpartner und Telefonnummer und Referenzschreiben oder Referenzbestätigung (siehe III.2.1 sowie IV.1.2) des Bauherrn einzureichen. Die vergleichbaren Referenzprojekte sind auf maximal je einem Blatt DIN A3 detailliert vorzustellen. Aus den Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten und mit komplexen Abstimmungsprozessen ersichtlich werden. Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.
- C) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter und Führungskräfte der letzten drei Jahre (je Jahr 2011, 2012, 2013). Hier-von sind im Bereich Projektsteuerung gem. § 205 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fach-

kommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ mind. 7 Mitarbeiter/innen im Durchschnitt der letzten drei Jahre nachzuweisen.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Ja

Geforderte Berufsqualifikation gem. § 19 VOF: Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 205 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: Ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Mindestzahl: 3, Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert. Die Auswahl erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Projektsteuerung gem. § 205 der Schriftenreihe Nr. 9 der AHO-Fachkommission „Projektsteuerung/Projektmanagement“ eingereichten zwei Referenzprojekte jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte), vergleichbare angestrebte Qualität (0-2 Punkte) und die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 18 Punkte erreicht werden. Der dabei verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird mit dem Bewerbungsbogen versandt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer

objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl zu erhöhen oder gem. § 10 (3) VOF unter den verbliebenen Bewerbern zu losen.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Fachlicher Wert	15 %
2. Qualität	20 %
3. Kundendienst	25 %
4. Ausführungszeitraum	10 %
5. Preis/Honorar	30 %

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: SBH VOF 034/2013

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: –

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 17. Januar 2014, 14.00 Uhr

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 20. Januar 2014, 14.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Anfragen von Bewerbern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen>

Die Beauftragung erfolgt stufenweise. Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung in der 7. Kalenderwoche 2014; Einreichung der Honorarangebote in der 11. Kalenderwoche 2014; Verhandlungsgespräche in der 14. Kalenderwoche 2014.

**VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/
Nachprüfungsverfahren****VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/
Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer der Behörde
für Stadtentwicklung und Umwelt

Postanschrift:
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefon: +49/040/4 28 40 - 20 39

**VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt
VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

**VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
Rechtsbehelfen erteilt:**

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Telefax: +49/040/4 27 92 - 71 20

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

**VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:
13. Dezember 2013**

Hamburg, den 13. Dezember 2013

Die Finanzbehörde

1075

Sonstige Mitteilungen

Preisliste

– Anlage 1 – zu § 4 der Wasserlieferungsbedingungen

In der Anlage 1 ändern sich ab 1. Januar 2014 die folgenden Preise:

Preise gültig ab 1. Januar 2013	Preise ein- Netto- schließlich 7 % preise Umsatzsteuer	
	in Euro	in Euro
Allgemeiner Wasserpreis je Kubikmeter	1,65	1,77
Grundpreise pro Monat die Berechnung erfolgt tagegenau auf der Basis: Monatspreis X 12 : 365		
Grundpreis je Zähler für die Größen		
Qn 1,5 m³/h	2,18	2,33
Qn 1,5 m³/h (jeder weitere Zähler je Wohnung/Objekt)	0,62	0,66
Qn 2,5 m³/h	5,05	5,40
Qn 6,0 m³/h	12,50	13,38
Qn 10,0 m³/h	37,30	39,91
Qn 15,0 m³/h	73,00	78,11
Qn 40,0 m³/h	86,60	92,66

Qn 60,0 m³/h	120,00	128,40
Qn 150,0 m³/h	172,70	184,79
Qn 250,0 m³/h	172,70	184,79
Anschluss ohne Wasserzähler	74,30	79,50

Kosten bei Zahlungsverzug

(Kostenerstattungen bei Zahlungsverzug sind nicht umsatzsteuerpflichtig)

1. Mahnung	2,50
2. Mahnung	2,50
Sperrankündigung	11,30
Absperrversuch mit/ ohne Kassierung	45,30
Absperren und Öffnen einer Versorgung	107,90
Einleitung eines Verwaltungszwangsverfahrens	29,70
Einleitung eines Zwangsversteigerungsverfahrens	100,90

Die Verzugszinsen betragen 5 % über dem jeweiligen Basiszinssatz.

Hamburg, den 12. Dezember 2013

Hamburger Wasserwerke GmbH
ein Unternehmen von HAMBURG WASSER

1076

Preise für die Herstellung von Anschlüssen an das Rohrnetz und für sonstige Leistungen
– Gültig ab 1. Januar 2014 –

(Anlage 2 zu den Wasserlieferungsbedingungen der HWW)

Anschluss an das Verteilungsnetz – gemäß § 10 der Wasserlieferungsbedingungen –

1. Herstellung eines Anschlusses		Nettopreise ohne Umsatzsteuer			Preise einschließlich 7 % Umsatzsteuer		
Anschluss		ohne Zusatz- schieber in Euro	mit einem Zusatz- schieber in Euro	mit zwei Zusatz- schiebern in Euro	ohne Zusatz- schieber in Euro	mit einem Zusatz- schieber in Euro	mit zwei Zusatz- schiebern in Euro
80 mm an	80 mm	1.018,00	1.218,00	1.421,00	1.089,26	1.303,26	1.520,47
	100 mm	1.114,00	1.318,00	1.524,00	1.191,98	1.410,26	1.630,68
	150 mm	1.320,00	1.669,00	1.930,00	1.412,40	1.785,83	2.065,10
	200 mm	1.385,00	1.791,00	2.222,00	1.481,95	1.916,37	2.377,54
	250 mm	2.261,00	2.916,00	3.551,00	2.419,27	3.120,12	3.799,57
100 mm an	300 mm	2.355,00	3.169,00	4.121,00	2.519,85	3.390,83	4.409,47
	100 mm	1.139,00	1.319,00	1.525,00	1.218,73	1.411,33	1.631,75
	150 mm	1.338,00	1.560,00	1.958,00	1.431,66	1.669,20	2.095,06
	200 mm	1.458,00	1.855,00	2.326,00	1.560,06	1.984,85	2.488,82
	250 mm	2.324,00	2.789,00	3.727,00	2.486,68	2.984,23	3.987,89
150 mm an	300 mm	2.294,00	3.134,00	4.139,00	2.454,58	3.353,38	4.428,73
	150 mm	1.512,00	1.706,00	2.039,00	1.617,84	1.825,42	2.181,73
	200 mm	1.643,00	2.031,00	2.431,00	1.758,01	2.173,17	2.601,17
	250 mm	2.438,00	2.895,00	3.446,00	2.608,66	3.097,65	3.687,22
	300 mm	2.592,00	3.449,00	4.342,00	2.773,44	3.690,43	4.645,94
200 mm an	200 mm	1.786,00	2.206,00	2.638,00	1.911,02	2.360,42	2.822,66
	250 mm	2.608,00	3.023,00	3.799,00	2.790,56	3.234,61	4.064,93
	300 mm	2.600,00	3.457,00	4.609,00	2.782,00	3.698,99	4.931,63

2. Ventilanbohrungen

	Nettopreise ohne Um- satzsteuer in Euro	Preise ein- schließlich 7 % Umsatzsteuer in Euro
30 – 50 mm	342,30	366,26

Ein- und/oder Ausbau von HWW-Wasserzählern – gemäß § 18 der Wasserlieferungsbedingungen –

Wasserzähler Qn 1,5 m³/h bis Qn 10 m³/h	37,60	40,23
für jeden weiteren Wasserzähler auf demselben Grundstück am selben Tag	12,10	12,95
für jede zusätzliche, vom Kunden zu vertretende Anfahrt	36,60	39,16
Großwasserzähler	197,70	211,54

Inbetriebsetzung der Kundenanlage – gemäß § 13 der Wasserlieferungsbedingungen –

für eine Inbetriebsetzung	78,10	83,57
für jede weitere Inbetriebsetzung auf demselben Grundstück am selben Tag	15,80	16,91
für jede zusätzliche, vom Kunden zu vertretende Anfahrt	41,90	44,83

Plombierung von Hydranten und Schiebern – gemäß § 12 der Wasserlieferungsbedingungen –

für eine Plombierung	78,10	83,57
für jede weitere Plombierung auf demselben Grundstück am selben Tag	14,00	14,98
für jede zusätzliche, von Kunden zu vertretende Anfahrt	41,90	44,83

Abtrennung einer Hausanschlussleitung (bis einschließlich DN 50)

mit Wiederherstellung der Oberfläche	1.404,00	1.502,28
ohne Wiederherstellung der Oberfläche	321,00	343,47

Preise für Warmwasserzähler

	Nettopreise ohne Um- satzsteuer in Euro	Preise ein- schließlich 19 % Umsatzsteuer in Euro
Bereitstellung der Messgeräte (Zählerkapsel) bei Ersteinbau Kosten je HWW-Messgerät	55,00	65,45
Serviceleistung	18,00	21,42

Kostenpauschale je HWW-Messgerät p.a. – die Berechnung erfolgt tagegenau auf der Basis: Jahrespreis durch 365 –

Auf die sich in der Rechnung ergebende Nettosumme wird die gesetzliche Umsatzsteuer mit dem jeweils gültigen Steuersatz berechnet, dieser beträgt zurzeit 7 % bzw. 19 %.

Hamburg, den 12. Dezember 2013

Hamburger Wasserwerke GmbH
ein Unternehmen von HAMBURG WASSER

**Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)**

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 Postanschrift:
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von Frau Roy
 Telefon: +49/40/8998-2480
 Telefax: +49/40/8998-4009
 E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
 Internet-Adresse(n)
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
 http://www.desy.de
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
 Öffentlich geförderte Stiftung bürgerlichen Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
 EO 026-13 – Maßnahme Sanierung der Ver- und Entsorgungsnetze 3. BA sowie Neubau einer Fernkälteversorgung.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
 Bauauftrag
 Ausführung
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
 Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
 in der Helmholtz-Gemeinschaft,
 Notkestraße 85, 22607 Hamburg
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Zur Aufrechterhaltung eines störungsfreien Forschungsbetriebes am Deutschen Elektronen-Synchrotron DESY in Hamburg besteht dringender Handlungsbedarf zur Sanierung der Ver- und Entsorgungsnetze (Brunnen-, Kühl-, Lösch- und Trinkwasser, Regen- und Schmutzwasserentsorgung, Fernwärmeversorgung und Kabeltrassen). Baubeginn ist für Mitte April 2014 vorgesehen. Die Erneuerung der Fernwärmeversorgung ist bis zum 1. Oktober 2014 abzuschließen (Betriebsbereitschaft). Die Gesamtmaßnahme ist bis zum 31. März 2015 fertigzustellen.

- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)
 Hauptgegenstand: 41000000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Nein
- II.1.8) Lose:
 Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein
- II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:
 Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:
 In dem 3. Bauabschnitt sind folgende Bauleistungen (einschließlich Tiefbau und Oberflächenwiederherstellung) zu erbringen:
 290 m Regen- und Schmutzwasserleitungen
 DN 150 -250 in offener Bauweise
 30 m Regenwasserdruckrohrleitung
 15 m Schmutzwasserdruckrohrleitung
 450 m Trasse Fernwärmeleitung
 DN 200/DN 65/DN 50, verstärkte Dämmung
 420 m Trasse Fernkälteleitung DN 250/DN 125, Standard-Dämmung
 444 m Trinkwasserleitung DN 65 bis DN 100
 459 m Kühl- und Löschwasserleitung
 DN 80 bis DN 200
 295 m Brunnen- und Bewässerungsleitungen
 DN 80 bis DN 150
 136 m Kabelschutzrohr als Leerrohr DN 100
- II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein
- II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:
 Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**
 Laufzeit: 12 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten:
 Versicherungen in Höhe von mindestens 1,5 Mio. Euro jeweils für Personen- und Sachschäden bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Der Nachweis ist mit der Bewerbung einzureichen. Näheres siehe Vergabeunterlagen.

- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Näheres siehe Vergabeunterlagen.

- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Mit der Angebotsabgabe muss eine von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung vorliegen, dass die Mitglieder der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haften. Es muss ein bevollmächtigter Vertreter benannt werden, der durch eine rechtsverbindlich unterschriebene Erklärung aller Mitglieder der Bietergemeinschaft legitimiert ist. Näheres siehe Vergabeunterlagen.

- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärung zur Eignung, VHB-Bund-Ausgabe 2008, Stand August 2012). Die Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 mit den vorgesehenen Angaben und Referenzen gem. Formblatt 444 sind mit dem Angebot einzureichen. Nachweis der zuständigen Versicherungsträger (nur für ausländische Bieter). Für alle Beteiligten von Bietergemeinschaften und für Subunternehmer sind ebenfalls die vorgenannten Angaben einzureichen. Bewerbungen, die die geforderten Angaben, Erklärungen oder Nachweise (auch Versicherungsnachweise) nicht enthalten, können unberücksichtigt bleiben.

- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit: –

- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

RW- und SW-Sanierung: Gütezeichen nach RAL-GZ 961 für die vom Bieter angebotenen Sanierungsverfahren, AK 3 (mind), ggf. weitere RAL-Gütezeichen. Anerkannter Fachbetrieb nach § 13 b Hamburgisches Abwassergesetz

Trinkwasser/Löschwasser: DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W 3 pe.

Je nach Verfahren auch: Die Qualifikation nach dem DVGW-Merkblatt GW 128. DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 301, Gruppe W 3 pe, st sowie der Prüfung von Handschweißen nach DVGW-Arbeitsblatt GW 301. DVGW-Bescheinigung für Rohrleitungsbauunternehmen nach dem DVGW-Arbeitsblatt GW 302, Gruppe GN 2. Umhüllerausweise nach DVGW-Arbeitsblatt GW 15 Schweißnachweis für PE gem. DVGW-Arbeitsblatt GW331 (Schweißaufsicht)

und DVGW-Arbeitsblatt GW 330. Fernwärme: Zulassung nach AGFW 601.

Die Nachweise und Bescheinigungen sind mit dem Angebot einzureichen. Angebote, die die geforderten Nachweise oder Bescheinigungen nicht enthalten, können unberücksichtigt bleiben.

- III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

- III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

- III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

- IV.1.1) Verfahrensart: Offen

- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 026-13

- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlussstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 23. Januar 2014.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

- IV.3.4) Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 6. Februar 2014, 10.00 Uhr.

- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählten Bewerber: –

- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:
Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 21. März 2014

- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
6. Februar 2014, 10.00 Uhr.

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY,
Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Gebäude 11a, R012

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen (falls zutreffend): Ja

Weitere Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: Gem. § 14 EG Abs. 1 VOB/A

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren
Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
Telefon: +49/228 94 99 - 0
Telefax: +49/228 94 99 - 163
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
12. Dezember 2013
Hamburg, den 12. Dezember 2013

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY

1078

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
Offizielle Bezeichnung:
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Postanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Frau Roy
Telefon: +49/40/89 98 - 24 80
Telefax: +49/40/89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
Internet-Adresse(n)
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.desy.de>
Weitere Auskünfte erteilen:
die oben genannten Kontaktstellen
Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
(einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:
die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
Öffentlich geförderte Stiftung bürgerlichen Rechts
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:
Herstellung und Lieferung von Umschaltern (200A und 800A) für die DESY Petra III-Erweiterung.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung
Lieferauftrag
Kauf
Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):
Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:
Diverse Netzgeräte des PETRA III-Speicherringes müssen mit elektrisch betätigten Umschaltern mit bzw. ohne Erdungsschutz ausgerüstet werden.
Los 1: 200A/Umschalter
20 Umschalter mit IN= 200A
Steuerspannung: 24 V DC
Los 2 : 800A/Umschalter
30 Umschalter mit IN= 800A
Steuerspannung: 230 V AC 50 Hz und 24 V DC
Bei den Geräten handelt es sich um offene 19-Einschübe, welche 2 Leistungsschütze, 3 Koppelrelais, 4 LED-Klemmen, 2 Gleichstromwandler, die dazugehörige Verkabelung mit Steckern und die Kupferverschienenung enthalten. Die zwei Leistungsschütze sind für die Umschaltung zuständig. An den 4 LED-Klemmen wird die Stellung des Umschalters und der Zustand der externen Erdungseinrichtung angezeigt. Die Ansteuerung des Umschalters wird bei DESY erstellt. Die Gleichstromwandler gehören nicht zum Lieferumfang, der nachträgliche Einbau dieser Bauteile muss aber vorbereitet werden.

Folgende Arbeiten sind hierfür erforderlich:

Gleichstromwandler: Montagebohrungen in den Anschlussstücken vorsehen, Anschlussstücke mechanisch fixieren.

Auf der Rückseite des Gerätes muss eine Schraube für den Anschluss der Gehäuseerde vorhanden sein. Da es sich um einen Nachbau handelt, gibt es schon solche Geräte bei DESY. Es ist möglich, nach der Vergabe ein Muster zu bekommen.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)

Hauptgegenstand: 31153000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): –

II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für ein oder mehrere Lose

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

LOS 1: 20 Stück Umschalter mit In=200A

LOS 2: 30 Stück Umschalter mit In=800A

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Beginn: 4. Juli 2014

Abschluss: 30. September 2014

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kationen und Sicherheiten:
gemäß Vergabeunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:
gemäß Vergabeunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:
gemäß Vergabeunterlagen

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:
Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Aktueller Auszug aus dem Handels- oder Berufsregister. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen.

– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.

– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.

– Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach § 6 EG VOL/A (Verurteilung nach §§ 129, 129a, 129b StGB; § 261 StGB; § 263 StGB; § 264 StGB; § 334 StGB; Art. 2 §§ 1 oder 2 Int-BestG und § 370 AO) nicht vorliegen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.

– Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.

– Eigenerklärungen über den Gesamtumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre des Unternehmens.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Vorlage von Referenzen für die Ausführung vergleichbarer Leistungen mit Angabe der Adresse, Ansprechpartner und deren Telefonnummer.

– Ausführliche Darstellung/Beschreibung eines Fertigungsplans bzw. eines Lieferplans.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Verfahrensart

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die nachstehenden Kriterien:

Kriterien	Gewichtung
1. Preis	75 %

2. Lieferzeit 10 %
 3. Erfahrung im Bau von
 19"-Elektroeinschüben 15 %

- IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
 Eine elektronische Auktion wird durchgeführt:
 Nein
- IV.3) **Verwaltungsangaben**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:
 EO 025-13 Petra III
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auf-
 trags: Nein
- IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschrei-
 bungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der
 Beschreibung:
 Schlusstermin für die Anforderung von Unterla-
 gen oder die Einsichtnahme: –
 Kostenpflichtige Unterlagen: Nein
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote
 oder Teilnahmeanträge: 15. Januar 2014, 12.00
 Uhr.
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur An-
 gebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte
 Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teil-
 nahmeanträge verfasst werden können:
 Folgende Amtssprache(n) der EU: DE
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 9. April 2014
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:
 Tag: 5. Februar 2014
 Personen, die bei der Öffnung der Angebote
 anwesend sein dürfen: Nein

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

- VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**
 Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein
- VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**
 Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben
 und/oder Programm, das aus Mitteln der Europä-
 ischen Union finanziert wird: Nein
- VI.3) **Zusätzliche Angaben:** –
- VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprü-
 fungsverfahren
 Vergabekammern des Bundes
 beim Bundeskartellamt
 Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
 Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –
- VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von
 Rechtsbehelfen erteilt: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**
 13. Dezember 2013
 Hamburg, den 13. Dezember 2013

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 1079

Auftragsbekanntmachung (Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**
 Offizielle Bezeichnung:
 European X-Ray Free-Electron
 Laser Facility GmbH
 Postanschrift:
 Albert-Einstein-Ring 19, 22761 Hamburg,
 Deutschland
 Kontaktstelle(n):
 Zu Händen von Herrn Schimanke
 Telefon: +49/40/8998-5645
 Telefax: +49/40/8998-4009
 E-Mail: hochbau@xfel.eu
 Internet-Adresse(n)
 Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
<http://www.xfel.eu>
 Weitere Auskünfte erteilen:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen
 (einschließlich Unterlagen für den wettbewerb-
 lichen Dialog und ein dynamisches Beschaf-
 fungssystem) verschicken:
 die oben genannten Kontaktstellen
 Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten
 an:
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**
 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
- I.3) **Haupttätigkeit(en)**
 Forschung
- I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffent-
 licher Auftraggeber**
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen
 Auftraggeber:
 XEO 004-13 – XFEL-Röntgenlaser, Neubau des
 Büro- und Laborgebäudes XHQ, erweiterte Roh-
 bauarbeiten.
- II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lief-
 erung bzw. Dienstleistung
 Bauauftrag
 Ausführung
 Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienst-
 leistungserbringung:
 Holzkoppel 4, 22869 Schenefeld
 NUTS-Code: DE600
- II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmen-
 vereinbarung oder zum dynamischen Beschaf-
 fungssystem (DBS):
 Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen
 Auftrag.
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Die European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH plant auf dem neuen Betriebsgelände in Schenefeld den Neubau des dreigeschossigen Labor- und Bürogebäudes XHQ, als Teil des neuen Röntgenlasers und als Hauptgebäude der European XFEL GmbH.

Im Erdgeschoss E0 werden Laborräume und die zugehörigen Technikräume sowie Umkleide- und Sozialräume untergebracht. Die darüber liegenden Geschosse E1 und E2 beinhalten Büro- und Besprechungsräume mit untergeordneten Nebenräumen. Das Gebäude wird entsprechend der Landesbauordnung Schleswig-Holstein geplant und ausgeführt.

Nicht Bestandteil dieser Ausschreibung ist das unter dem Gebäude befindliche Schachtbauwerk der Experimentierhalle. Die Leistungsgrenze ist die Oberkante der Stahlbetondecke dieser Experimentierhalle. Zum ausgeschriebenen Leistungsumfang gehören folgende Arbeiten:

Ausführungsplanung
Erdarbeiten (in kleinerem Umfang)
Beton- und Stahlbetonarbeiten
Maurerarbeiten
Stahlbauarbeiten
Abdichtungsarbeiten

Alle Leistungen sind Positionsweise ausgeschrieben.

Das Labor- und Bürogebäude XHQ hat eine Grundfläche von ca. 92 m x 52 m und ist dreigeschossig mit einer Gesamthöhe von ca. 13,50 m. Der Rohbau wird als Stahlbetonskelettbau erstellt, der durch die Treppenhäuser und eingestellten Wandscheiben aus Stahlbeton ausgesteift wird. Die massiven Deckenplatten werden von Unterzügen sowie einem umlaufenden Randunterzug unterstützt.

Unmittelbar nach Auftragserteilung ist mit der Werkplanung zu beginnen. Alle ausgeschriebenen Leistungen sind in einem Zeitraum von 216 Werktagen zu erbringen.

Folgende Einzelfristen werden ohne Bauzeitenplan ausdrücklich als Vertragsfristen vereinbart: Decke über Ebene E0 regendicht am 31. Juli 2014 und Decke über Ebene E2 regendicht am 31. Oktober 2014.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)

Hauptgegenstand: 45223220

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) Menge oder Umfang des Auftrags

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: Siehe Punkt II.1.5).

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:

Laufzeit: 216 Tage ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) Bedingungen für den Auftrag

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Siehe Vergabeunterlagen.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) Teilnahmebedingungen

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt. Nachweis der Betriebshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen für Personen- und Sachschäden von jeweils 1,5 Mio. Euro pro Jahr.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung). Soweit zuständige Stellen Eigenerklärungen bestätigen, sind von Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, die entsprechenden Bescheinigungen vorzulegen. Das Formblatt 124 ist den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

2504

Dienstag, den 24. Dezember 2013

Amtl. Anz. Nr. 102

III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:
Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN**IV.1) Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) Zuschlagskriterien

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion
Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) Verwaltungsangaben

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: XEO 004-13

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 31. Januar 2014.

Kostenpflichtige Unterlagen: –

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 6. Februar 2014, 13.30 Uhr.

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 24. März 2014

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

6. Februar 2014, 13.30 Uhr.

Notkestraße 85, 22607 Hamburg,
Gebäude 11a, Raum 012

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter oder bevollmächtigte Bietervertreter.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Die genannten Eignungsnachweise sind jeweils für die einschlägigen Mitglieder einer Bietergemeinschaft beizubringen.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland
Telefon: +49/228 94 99 - 0
Telefax: +49/228 94 99 - 163
E-Mail: info@bundeskartellamt.bund.de

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

17. Dezember 2013

Hamburg, den 17. Dezember 2013

European X-Ray Free-Electron Laser Facility GmbH
1080